



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung



Europa fördert
Niedersachsen

--	--	--	--	--	--	--	--

Antragsnummer (wird von NBank vergeben)

Antrag
zur Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für innovative Entwicklungsvorhaben des Handwerks
Gem. Erl.d. MW v. 7.4.2009 - 21-32322/1200 - VORIS 77100 -
geändert mit Erl. d. MW v. 26.04.2011 - 20-32322/1200 - VORIS 77100 -

1. Angaben des Antragstellers

Name des Antragstellers (Unternehmen)

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Telefon	Telefax	E-Mail
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Bankverbindung:

Kontonummer	Bankleitzahl	Name Kreditinstitut
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Ansprechpartner im Unternehmen:

Name, Vorname	Stellung im Unternehmen
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

2. Angaben zum Unternehmen

Der Betrieb ist ein Handwerksunternehmen im Sinne der Handwerksordnung ¹ ja nein

Gründungsdatum

Tag	Monat	Jahr
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Rechtsform	Branchenschlüssel WZ ²	Bezeichnung der Branche
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Jahr	Umsatz	Bilanzsumme	Gesamt-Beschäftigte ³
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Anzahl der Beschäftigten zum Antragszeitpunkt	davon männlich	davon weiblich	Vollzeit	Teilzeit
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Anzahl der Arbeitsplätze, die durch das Projekt gesichert und neu geschaffen werden	davon männlich	davon weiblich	Vollzeit	Teilzeit
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

Befinden sich Kapital oder Stimmanteile im Besitz von einem oder mehreren Unternehmen?

nein ja Anteil: % **Wenn der Anteil über 25 % liegt, geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (Auszug der entsprechenden Passagen des Gesellschaftsvertrages).**

Besitzen Sie Kapital oder Stimmanteile von einem oder mehreren Unternehmen?

nein ja Anteil: % Name des Unternehmens:

3. Angaben zum geplanten Vorhaben

3.1 Fördergegenstand - Innovationsförderung im niedersächsischen Handwerk

- neues/neuartiges Produkt
- Produktionsverfahren
- Dienstleistung
- technisches und organisatorisches Kooperationsmodell

3.2 Kurzbezeichnung des Vorhabens: (Schwerpunkttechnologie/Ziel o.ä.)

3.3 geplanter zeitlicher Ablauf:

	Tag Monat Jahr		Tag Monat Jahr
geplanter Beginn der Maßnahme		geplanter Abschluss	

3.4 Angaben zur Art der Maßnahme: Die Maßnahme wird durchgeführt als Einzelvorhaben Verbundvorhaben Kooperationsvorhaben

Bei Verbund-/Kooperationsvorhaben:

Name des/der beteiligten Unternehmen/Forschungseinrichtung(en)/natürliche Person(en)	Ausgabenanteil Euro	ggf. eigener Förderantrag in Höhe von Euro
Name des/der beteiligten Unternehmen/Forschungseinrichtung(en)/natürliche Personen	Ausgabenanteil Euro	ggf. eigener Förderantrag in Höhe von Euro
Name des/der beteiligten Unternehmen/Forschungseinrichtung(en)/natürliche Personen	Ausgabenanteil Euro	ggf. eigener Förderantrag in Höhe von Euro

4. Finanzierungsplan

Ich bin zum Vorsteuerabzug gem. § 15 UStG berechtigt (Die folgenden Angaben enthalten keine MwSt.) ja nein

4.1 Ausgaben

	Euro
Sachausgaben	
Fremdleistungen	
Personalausgaben	
Ausgaben für Investitionen	
sonstige Sachausgaben	
Summe Ausgaben	

4.2 Finanzierung

	Euro
Eigenmittel	
Fremdmittel	
Mittel Dritter	
Summe des hiermit beantragten Förderdarlehens	
Summe des hiermit beantragten Zuschusses	
Summe Finanzierung	

5. Betreuung der Maßnahme

Die Maßnahme wird betreut durch den Innovationsberater der Handwerkskammer		Name, Vorname Ansprechpartner	
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer	
Telefon	Telefax	E-Mail	

6. Erklärung Antragsteller

6.1 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in diesem Antrag.

6.2 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten meines/unseres Unternehmens vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und der NBank auf Datenträger gespeichert und in anonym Form für Zwecke der Statistik und Erfolgskontrolle verarbeitet werden.

Ich bin/wir sind ferner damit einverstanden, dass die NBank und die im Einzelfall einzuschaltenden fachkundigen Stellen (Wirtschaftsförderer, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, berufsständischen Kammern, Fachverbände und Kreditinstitute) alle in diesem Antrag angegebenen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung und -verwaltung und soweit dies zur Aufgabenerfüllung der NBank erforderlich ist, erheben, elektronisch verarbeiten, speichern und einander übermitteln sowie auswerten.

Darüber hinaus bin ich/sind wir damit einverstanden, dass das Innovationszentrum Niedersachsen über alle in diesem Antrag sowie im Bewilligungsbescheid angegebenen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der statistischen Erhebung unterrichtet wird.

6.3 Mir/uns ist bekannt, dass das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie die NBank sich aus der Antragstellung und der Förderung ergebenden Daten speichern und ggf. zur Herausgabe an Prüfstellen (z. B. Landesrechnungshof) verpflichtet sind.

6.4 Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde, d. h. ich/wir habe(n) noch keine projektbezogenen Lieferungs- oder Leistungsverträge abgeschlossen.

ja nein

Mir/uns ist bekannt, dass bei vorzeitigem Maßnahmebeginn eine Förderung des Vorhabens nicht erfolgen kann.

Ich/Wir beantrage(n) eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginn

nein ja, zum (Datum) _____

Mir/Uns ist bekannt, dass die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn noch keine Entscheidung über die endgültige Bewilligung der beantragten Zuwendung präjudiziert und dass somit der Beginn und die Durchführung der Maßnahme sowie die Finanzierung des Vorhabens ausschließlich auf eigenes Risiko erfolgt.

6.5 Subventionserhebliche Tatsachen

Mir/uns ist bekannt, dass die in den Abschnitten 1 - 5 des Antrages und den Anlagen genannten Tatsachen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches sind, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der beantragten Zuwendung abhängig sind.

Subventionserhebliche Tatsachen sind insbesondere solche, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Kosten- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder sonstiger dem Antrag beizufügender Unterlagen sind, von denen nach Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48, 49, 49a NdsVwVf) oder anderen Rechtsvorschriften die Erstattung der Zuwendung abhängig ist oder solche, die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung erworbenen oder hergestellten Gegenstandes beziehen (§ 1 NdsSubvG) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 SubvG).

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 NdsSubvG in Verbindung mit § 4 SubvG) vorgenommen werden.

Ich/wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben über subventionserhebliche Tatsachen als Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar sind.

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der NBank, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht nach Art. 107, 108 Vertrag über die Arbeitsweise der EU) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache.

Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/ unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 StGB sind.

6.6 Mir/uns ist bekannt, dass an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt ist und dass in diesem Falle die VO (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl. EG L 210 ff vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der VO (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EG Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit VO (EG) 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006) Anwendung findet.

Nach Art. 72 der VO (EG) 1083/06 vergewissert sich die Kommission, dass die Mitgliedstaaten über Verwaltungs- und Kontrollsysteme verfügen, die den Artikeln 58 bis 62 der VO (EG) 1083/06 entsprechen.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren.

Die Kommission kann einen Mitgliedstaat auffordern, vor Ort das wirksame Funktionieren der Systeme und die ordnungsgemäße Durchführung eines oder mehrerer Vorgänge zu prüfen. An solchen Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission teilnehmen.

Nach Art. 69 der VO (EG) 1083/06 informieren der jeweilige Mitgliedstaat und die für das operationelle Programm zuständige Verwaltungsbehörde über die Vorhaben und die kofinanzierten Programme und sorgen für deren Bekanntmachung. Die Informationen richten sich an die Bürger der Europäischen Union und an die Begünstigten und sollen die Rolle der Gemeinschaft betonen.

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, ein Hinweisschild nach Vorgaben der Bewilligungsstelle am Standort meines/unseres Vorhabens aufzustellen bzw. anzubringen, sowie auf allen Unterlagen (insbesondere auf allen Teilnahmebestätigungen und Bescheinigungen) und bei Veröffentlichungen im Internet das in Anhang I zu Art. 9 VO (EG) 1828/2006 vorgeschriebene EU-Emblem, den Verweis auf die Europäische Union sowie die Angabe des Fonds anzubringen, aus dem mein/unsere Vorhaben kofinanziert wird.

Darüberhinaus verpflichte(n) ich/wir mich/uns bei einem Infrastruktur- oder Bauvorhaben bzw. bei einem investiven Vorhaben, bei denen der öffentliche Gesamtbeitrag mehr als 500.000 Euro beträgt, ein Hinweisschild bzw. eine Erläuterungstafel nach Vorgaben der Bewilligungsbehörde ab Fertigstellung des Vorhabens dauerhaft aufzustellen bzw. anzubringen.

Ich bin/ wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land Niedersachsen meinen/unseren Namen (insb. Firmennamen sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht (Verzeichnis der Begünstigten, Art. 7 Abs. 2 (d) VO 1828/2006).

ja nein

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Nichtzustimmung eine Förderung des Projektes/der Maßnahme nicht erfolgen kann.

6.7 Mir/Uns ist bekannt, dass die Förderung auf Ausgabenbasis erfolgt, dass die Abrechnung von Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) erfolgt und dass Mehrwertsteuerbeträge sowie Skontii und Rabatte nicht zuwendungsfähig sind. Für die Abrechnung der Personalausgaben erklären wir uns bereit, alle erforderlichen Unterlagen (insbesondere die Gehaltsabrechnungen der am Projekt beteiligten Mitarbeiter) zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum Stempel Antragsteller / Vorname und Name in Großbuchstaben Unterschrift Antragsteller

Ausfüllhinweise

- 1 Sollte ein Unternehmen vorliegen, das nicht Handwerksunternehmen im Sinne d. Handwerksordnung ist, liegt keine Förderfähigkeit i. S. d. Richtlinie vor.
- 2 Den Branchencode WZ 2008 finden Sie auf unserer Internetseite unter <http://www.nbank.de>
- 3 Die Beschäftigtenzahl entspricht der Zahl der Jahresarbeitseinheiten. Teilzeitbeschäftigte und Saisonarbeiter werden nur entsprechend ihres Anteils an den Jahresarbeitseinheiten berücksichtigt, Auszubildende sind nicht zu berücksichtigen.

Dem Antrag sind - zwingend - folgende Unterlagen beizufügen:

- Firmendarstellung
- fachliche Projektbeschreibung
- letzter Jahresabschluss
- detaillierter Ausgaben- und Finanzierungsplan (auch in elektronischer Form)
- Nachweis der Finanzierung des Projektes (Eigen-, Fremd- und Drittmittel)
- Erklärung "De-minimis"-Beihilfe
- Auszug des Gesellschaftsvertrages oder Handelsregisterauszug und Gewerbeanmeldung

Dem Antrag sind - sofern für Ihr Unternehmen / Ihr Projekt zutreffend - die folgenden Unterlagen beizufügen:

- Kooperations- /Dienstleistungsvertrag

Wichtig: Bitte beachten Sie, dass Ihr Antrag ohne diese Unterlagen nicht bearbeitet werden kann!

7. Erklärung Verbundpartner

7.1 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in diesem Antrag.

7.2 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten meines/unseres Unternehmens vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und der NBank auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und Erfolgskontrolle verarbeitet werden.

Ich bin/wir sind ferner damit einverstanden, dass die NBank und die im Einzelfall einzuschaltenden fachkundigen Stellen (Wirtschaftsförderer, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, berufsständischen Kammern, Fachverbände und Kreditinstitute) alle in diesem Antrag angegebenen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung und -verwaltung und soweit dies zur Aufgabenerfüllung der NBank erforderlich ist, erheben, elektronisch verarbeiten, speichern und einander übermitteln sowie auswerten.

Darüber hinaus bin ich/sind wir damit einverstanden, dass das Innovationszentrum Niedersachsen über alle in diesem Antrag sowie im Bewilligungsbescheid angegebenen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der statistischen Erhebung unterrichtet wird.

7.3 Mir/uns ist bekannt, dass das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie die NBank sich aus der Antragstellung und der Förderung ergebenden Daten speichern und ggf. zur Herausgabe an Prüfstellen (z. B. Landesrechnungshof) verpflichtet sind.

7.4 Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde, d. h. ich/wir habe(n) noch keine projektbezogenen Lieferungs- oder Leistungsverträge abgeschlossen.

ja nein

Mir/uns ist bekannt, dass bei vorzeitigem Maßnahmebeginn eine Förderung des Vorhabens nicht erfolgen kann.

Ich/Wir beantrage(n) eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns.

nein ja, zum (Datum)

Mir/Uns ist bekannt, dass die Zustimmung zum vorzeitigem Maßnahmebeginn noch keine Entscheidung über die endgültige Bewilligung der beantragten Zuwendung präjudiziert und dass somit der Beginn und die Durchführung der Maßnahme sowie die Finanzierung des Vorhabens ausschließlich auf eigenes Risiko erfolgt.

7.5 Subventionserhebliche Tatsachen

Mir/uns ist bekannt, dass die in den Abschnitten 1 - 5 des Antrages und den Anlagen genannten Tatsachen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches sind, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der beantragten Zuwendung abhängig sind.

Subventionserhebliche Tatsachen sind insbesondere solche, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Kosten- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder sonstiger dem Antrag beizufügender Unterlagen sind, von denen nach Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48, 49, 49a NdsVwVfg) oder anderen Rechtsvorschriften die Erstattung der

Zuwendung abhängig ist oder solche, die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung erworbenen oder hergestellten Gegenstandes beziehen (§ 1 NdsSubvG in Verbindung mit § 3 Abs. 2 SubvG).

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 NdsSubvG in Verbindung mit § 4 SubvG) vorgenommen werden.

Ich/wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben über subventionserhebliche Tatsachen als Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar sind.

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der NBank, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht nach Art. 107, 108 Vertrag über die Arbeitsweise der EU) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache.

Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/ unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 StGB sind.

7.6 Mir/uns ist bekannt, dass an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt ist und dass in diesem Falle die VO (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl EG L 210 ff vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der VO (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EG Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit VO (EG) 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006) Anwendung findet.

Nach Art. 72 der VO (EG) 1083/06 vergewissert sich die Kommission, dass die Mitgliedstaaten über Verwaltungs- und Kontrollsysteme verfügen, die den Artikeln 58 bis 62 der VO (EG) 1083/06 entsprechen.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren.

Die Kommission kann einen Mitgliedstaat auffordern, vor Ort das wirksame Funktionieren der Systeme und die ordnungsgemäße Durchführung eines oder mehrerer Vorgänge zu prüfen. An solchen Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission teilnehmen.

Nach Art. 69 der VO (EG) 1083/06 informieren der jeweilige Mitgliedstaat und die für das operationelle Programm zuständige Verwaltungsbehörde über die Vorhaben und die kofinanzierten Programme und sorgen für deren Bekanntmachung. Die Informationen richten sich an die Bürger der Europäischen Union und an die Begünstigten und sollen die Rolle der Gemeinschaft betonen.

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, ein Hinweisschild nach Vorgaben der Bewilligungsstelle am Standort meines/unseres Vorhabens aufzustellen bzw. anzubringen, sowie auf allen Unterlagen (insbesondere auf allen Teilnahmebestätigungen und Bescheinigungen) und bei Veröffentlichungen im Internet das in Anhang I zu Art. 9 VO (EG) 1828/2006 vorgeschriebene EU-Emblem, den Verweis auf die Europäische Union sowie die Angabe des Fonds anzubringen, aus dem mein/unsere Vorhaben kofinanziert wird.

Darüberhinaus verpflichte(n) ich/wir mich/uns bei einem Infrastruktur- oder Bauvorhaben bzw. bei einem investiven Vorhaben, bei denen der öffentliche Gesamtbeitrag mehr als 500.000 Euro beträgt, ein Hinweisschild bzw. eine Erläuterungstafel nach Vorgaben der Bewilligungsbehörde ab Fertigstellung des Vorhabens dauerhaft aufzustellen bzw. anzubringen.

Ich bin/ wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land Niedersachsen meinen/unseren Namen (insb. Firmennamen sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht (Verzeichnis der Begünstigten, Art. 7 Abs. 2 (d) VO 1828/2006).

ja nein

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Nichtzustimmung eine Förderung des Projektes/ der Maßnahme nicht erfolgen kann.

7.7 Mir/Uns ist bekannt, dass die Förderung auf Ausgabenbasis erfolgt, dass die Abrechnung von Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) erfolgt und dass Mehrwertsteuerbeträge sowie Skonti und Rabatte nicht zuwendungsfähig sind. Für die Abrechnung der Personalausgaben erklären wir uns bereit, alle erforderlichen Unterlagen (insbesondere die Gehaltsabrechnungen der am Projekt beteiligten Mitarbeiter) zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum	Stempel Verbundpartner / Vorname und Name in Großbuchstaben	Unterschrift Verbundpartner
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ort, Datum	Stempel Verbundpartner / Vorname und Name in Großbuchstaben	Unterschrift Verbundpartner
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ort, Datum	Stempel Verbundpartner / Vorname und Name in Großbuchstaben	Unterschrift Verbundpartner
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen

Erklärung "De-minimis"-Beihilfe